

ÄNDERUNGSANTRAG Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 6. Dezember 2007	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	45. Plenarsitzung des Gemeinderates 11.12.2007 1222 10 öffentlich
Neufestsetzung der Bäderpreise		

1. Ermäßigte:

Anstelle der vorgeschlagenen Varianten nach Anlage 2 und nach Anlage 3 beschließt der Gemeinderat: Der Kreis der Ermäßigten wird unverändert gelassen und der Preis für Ermäßigte wird beibehalten.

2. Familien:

Die Eintrittspreise für Familien und Kinder werden nicht erhöht (d.h. Familien-Karte und die Saunakarte für Kinder/Schüler/innen werden unverändert beibehalten)

3. Großabnehmer:

Bei Großabnehmern gegen Rechnung bleiben die Preise für Vereine und Schulen unverändert

Sachverhalt / Begründung:

Die vorgeschlagene Anpassung der Bäderpreise ist weder notwendig noch gerechtfertigt. Gerade bei der im Umbruch befindlichen Bäderlandschaft in Karlsruhe sollte die Stadt mit günstigen Preisen werben, anstatt mit Preiserhöhungen die Schwelle höher zu setzen. Ein neues Freizeitbad und alles wird teurer: das ist kein werbewirksames Signal und verringert eher die Kundenzahl. Mehr Badegäste durch sozial angemessene Preise erhöhen demgegenüber die Einnahmen der Stadt.

Preiserhöhungen für Familien, Kinder und Ermäßigte treffen in der gegenwärtigen Situation besonders hart. Dies widerspricht dem Anspruch einer familien- und kinderfreundlichen Stadt. Die Stadt Karlsruhe ist, s. TOP 29, einem Lernnetzwerk

gegen Kinderarmut beigetreten. Eine Erhöhung der Bäderpreise für Familien und Kinder passt nicht recht dazu.

Gerade Familien, Kinder und Ermäßigte sind aus gesundheitspolitischen Erwägungen sehr wünschenswerte Kundenkreise. Schwimmen und Bewegung im Wasser steht ganz oben bei Empfehlungen, etwas für die Stärkung des Kreislaufs oder gegen Übergewicht zu tun.

Der von der Stadtverwaltung vorgelegte Städtevergleich lässt eine Preiserhöhung, wie sie nun vorgeschlagen wird, keineswegs zwingend erscheinen (s. Mannheim). Öffentliche Bäder sind aus Steuereinnahmen finanzierte Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen Gesundheit und Lebensspaß fördern. Die Preise sollten so sein, dass die Bürger/innen die Bäder auch gut nutzen können. Der Kostendeckungsgrad kann durchaus variabel bestimmt werden.

Eine Erhöhung der Bäderpreise für Familien, Kinder und Ermäßigte ist gegenwärtig angesichts steigender Inflation und dem dramatischen Preisanstieg für Grundnahrungsmittel weder erforderlich noch sozialpolitisch vertretbar.

unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

7. Dezember 2007